

Linke Politik für Neukölln - Debatte zur kommunalpolitischen Strategie

Am 26. September wird eine neue Bezirksverordnetenversammlung gewählt. DIE LINKE. Neukölln will linke Politik für den Bezirk machen. Wir laden euch ein weiter zu diskutieren, wie das aussehen kann. Um die Debatte zu vertiefen, sammeln wir schriftliche Beiträge. Auf dem ersten Basistag im August 2020, bei einer Veranstaltung zur kommunalpolitischen Strategie im März 2021 und zu weiteren Gelegenheiten haben wir uns bereits darüber ausgetauscht, wie wir Politik machen wollen - und was wir vermeiden möchten.

Gespeist wird diese Diskussion aus unseren eigenen Erfahrungen mit Politik im Parlament und denen von vielen Linken vor uns. Kommunalpolitik ist nah dran am Leben und man kann kleine und größere Dinge ändern, die einen Unterschied machen. Sie unterliegt aber auch Beschränkungen und ist anfällig für wiederkehrende Probleme. Die Spielräume der Bezirksverordnetenversammlung sind einerseits begrenzt. Sie hat ein Antragsrecht und regt Verwaltungshandeln an, ihre Entscheidungen sind aber nicht automatisch bindend. Das bedeutet, dass linke Politik noch schwerer durchgesetzt werden kann: Noch nicht einmal eine Mehrheit bei der Abstimmung muss dazu führen, dass etwas passiert. Gleichzeitig ist der Anpassungsdruck nicht geringer als in anderen Parlamenten. Einmal dort angekommen, verschieben sich leicht die Prioritäten: Anträge und parlamentarisches Tagesgeschäft bestimmen den politischen Alltag oft stärker als das, was "draußen" vor sich geht. Je stärker sich darauf eingelassen wird, desto mehr winkt die Anerkennung durch andere Fraktionen. Das gilt umso mehr, da DIE LINKE. Neukölln 2021 voraussichtlich erstmals das Vorschlagsrecht für eine/n Stadträt:in erhält und dadurch stärker eingebunden werden kann. Die Logik parlamentarischer Arbeit stärkt außerdem tendenziell, dass das Wirken Einzelner überschätzt wird, Eitelkeiten gepflegt werden und sich Partei und Fraktion auseinanderentwickeln. Nicht nur in Neukölln wurden damit schmerzvolle Erfahrungen gemacht.

Einige strategische Leitlinien haben sich aus unseren Debatten in den letzten Jahren bereits herausgebildet, teils wurden sie auch praktiziert: Wir begreifen Kommunalpolitik als linke Politik für Neukölln. Wir wollen etwas im Leben der Neuköllner*innen verbessern. Verschlechterungen wie Kürzungshaushalte tragen wir nicht mit. Durch die formalen Beschränkungen der BVV ist es umso wichtiger, Macht von unten aufzubauen. Unsere Forderungen können wir nicht durchsetzen, ohne uns mit anderen zu organisieren und außerparlamentarischen Druck zu machen. Nur in der Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband, Initiativen und Akteur:innen im Bezirk können wir Themen setzen und Erfolge erringen. Parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit müssen ineinandergreifen. Wie das gehen kann, haben wir in den letzten Jahren bereits ausprobiert und gute Erfahrungen gemacht, etwa bei der Rekommunalisierung der Schulreinigung oder dem Mietentisch Gropiusstadt. Um das weiter zu führen, nehmen wir uns einige konkrete Projekte vor und nutzen die Instrumente der Beteiligung.

Zentrale Entscheidungen trifft die Fraktion nicht allein, sondern mit dem Bezirksverband. Unsere Haltung zur Zählgemeinschaft oder ob wir eine/n Bürgermeister:in mitwählen, diskutieren wir zum Beispiel auf Mitgliederversammlungen. Erstmals wollen wir außerdem in Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand eine Geschäftsordnung der Fraktion erarbeiten,

die eine Demokratisierung vorsieht. Damit knüpfen wir an Diskussion zur Rolle von Mandatsträger:innen an, deren Resultat u.a. eine [Vereinbarung](#) ist, die wir mit den Kandidierenden getroffen haben.

Wir wollen aus vergangenen Erfolgen und Misserfolgen lernen, wiederkehrende Schwierigkeiten vermeiden, Neues ausprobieren und gemeinsam viel erreichen. Deshalb laden wir alle ein, sich bis zum **23. Mai** mit schriftlichen Beiträgen an dieser Debatte zu beteiligen. Zentrale Fragen können dabei sein:

- Möglicherweise werden uns SPD oder Grüne nach der Wahl fragen, ob wir Teil einer Zählgemeinschaft werden wollen, um so die für die Wahl eine:r Bürgermeister:in notwendigen Mehrheit abzusichern. Wie positionieren wir uns zu einer solchen Anfrage?
- Auch wenn wir nicht einer Zählgemeinschaft beitreten, stehen wir ggf. vor der Frage der Mitwahl eine:r Bürgermeister:in, um bspw. eine:n andere:n Kandidat:in zu verhindern. Was sind unsere Bedingungen für die Mitwahl einer Bürgermeisterin/eines Bürgermeisters?
- Die Abstimmung über den Bezirkshaushalt ist eine zentrale Kompetenz der BVV. Der Bezirkshaushalt ist jedoch strukturell unterausgestattet. Wie sollte sich die zukünftige Fraktion bei der Abstimmung über den Haushalt verhalten?
- Welche Aufgaben und Spielräume sehen wir für eine/n linke/n Stadträt:in? Was sind Bedingungen, Erwartungen und Haltelinien? Wollen wir eine Amtszeitbegrenzung oder andere Möglichkeiten nutzen, um ein Auseinanderdriften von Stadträt:in und Bezirksverband zu vermeiden? Falls wir das Vorschlagsrecht für eine/n Stadträt*in bekommen, welches Ressort sollten wir fordern (auch, wenn wir es nicht unbedingt bekommen)? Welches Ressort bietet den meisten Spielraum für linke Politik, wo könnte ein/e LINKE Stadträt*in einen Unterscheid machen?
- Wie soll die Arbeit der Fraktion gestaltet werden? Wie machen wir sie offener und demokratischer? Wie stellen wir eine gute Zusammenarbeit mit dem Bezirksverband bzw. Bezirksvorstand sicher?
- Was sollten Schwerpunkte, Ziele und Projekte sein, die wir uns vornehmen? Was können wir dabei aus vergangenen Kampagnen und Initiativen lernen?
- DIE LINKE ist eine sozialistische Partei und möchte den Kapitalismus als Wirtschafts- und Herrschaftssystem überwinden. In welchem Verhältnis steht die Arbeit in der BVV zu diesem großen Ziel?

Ihr könnt euch auf eine oder mehrere Fragen konzentrieren. Gedanken zu Herausforderungen der Kommunalpolitik sind ebenso willkommen wie konkrete Ideen oder Rückblicke auf erfolgreiche Kampagnen. Die Beiträge werden online veröffentlicht. Sie sollten 10.000 Zeichen nicht überschreiten. Am **2. Juni** laden wir zu einer weiteren Veranstaltung zur kommunalpolitischen Strategie ein, um sie diskutieren. Am 21. Juni wollen wir auf einer MVV unsere kommunalpolitischen Linien verabschieden. Der Call for Papers ist Teil der vorbereitenden Debatte. Bitte sendet eure Beiträge an info@die-linke-neukoelln.de